

Grußwort der Landesvorsitzenden der LINKEN Brandenburg, Ania Mayer, zur Gesamtmittgliederversammlung der LINKEN Teltow-Fläming am 1. September 2018

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ihr habt heute auf eurer Gesamtmittgliederversammlung viel vor, habe ich gelesen. Ich wünsche euch bei den heutigen Wahlen gutes Gelingen und den VertreterInnen und Delegierten am 26.01.2019 viel Spaß auf unserer LandesvertreterInnenversammlung sowie den Europaparteitagsdelegierten im Februar 2019 viel Spaß in Bonn. Ebenso wünsche ich euch eine spannende Debatte in der ersten Diskussion um euer Kreiswahlprogramm für die Kommunalwahl 2019.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie ihr alle wisst, waren die zurückliegenden Wochen nicht einfach für uns. Diana Golze ist als Ministerin zurückgetreten. Der Landesvorstand befasste sich gestern ebenfalls mit dem Thema und hat sich klar positioniert: „Der Landesvorstand ist nach offener und nachdenklicher Aussprache zur gemeinsamen Überzeugung gelangt, dass wir die anstehenden Aufgaben weiter in dem vom Landesparteitag gewählten Team angehen werden. Dazu werden beide Vorsitzende gebraucht. Der Landesvorstand hat ihnen dafür das Vertrauen ausgesprochen und sieht das als gemeinsame Verantwortung.“

Ihr befasst euch heute schwerpunktmäßig mit der Kommunalpolitik. Der Regionalvorstand der LINKEN Teltow-Fläming Süd unterstützt bei der Bürgermeisterwahl in Niedergörsdorf am 23. September 2018 den SPD Kandidaten Stefan Jurisch. Stefan Jurisch ist Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung Niedergörsdorf. „Umsichtig, kompetent und zukunftsorientiert tritt er stets auf. Seine tiefgründige und sachliche Argumentation trägt zum ausgewogenen Klima bei Sitzungen der Gemeindevertretung fraktionsübergreifend bei. Bei wichtigen Themen, wie zum Beispiel Ausbau des Ein-Studentaktes auf allen Bahnstrecken in der Gemeinde und Aufspüren von möglichen Fördergeldern, beweist er immer wieder Kompetenz und Hartnäckigkeit.“, so die Begründung in eurem Beschluss.

Ich wünsche euch einen spannenden und erfolgreichen Bürgermeisterwahlkampf in Niedergörsdorf.

Ebenso wünsche ich Benjamin Petzhold gutes Gelingen bei seiner Arbeit als neuer Vorsitzender des Regionalverbandes Teltow-Fläming Süd. Dem scheidenden Vorsitzenden, Genossen Philip Petzhold, danke ich für seine geleistete Arbeit und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute.

Mit zwölf Abgeordneten stellt ihr die zweitstärkste Fraktion in Kreistag Teltow-Fläming. Ich wünsche euch, dass ihr nach der Kommunalwahl wieder stärkste Kraft werdet und gemeinsam mit unserer

Landrätin Kornelia Wehlan weiterhin erfolgreich linke Kommunalpolitik macht, die auch auf Landesebene wahrnehmbar ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Kritik am bisherigen Handeln unserer Partei, die sich nunmehr seit neun Jahren in Regierungsverantwortung befindet, blendet zu oft aus, dass sich unsere Landtagsfraktion und unsere Regierungsmitglieder im ständigen Ringen mit dem Koalitionspartner befinden. Und das was gerade in dieser 2. Legislatur der SPD abgerungen wurde, kann sich – wie ich finde – durchaus sehen lassen.

Neben schmerzlichen Kompromissen auf der einen Seite haben wir auch auf der anderen Seite tolle Erfolge zu verzeichnen. Ich nenne da nur die Einführung der Beitragsfreiheit in den Kitas, die Einführung der Schulzentren, den höheren Vergabemindestlohn von nun 10,50 Euro, die deutliche Verbesserung des Betreuungsschlüssels, die Einführung eines gesetzlichen Gedenktages zum 8. Mai und so weiter.

Aber ja, es gab diese schwer zu vermittelnden Kompromisse, zum Beispiel zu Ladenöffnungszeiten oder zu den Altanschließergebühren. Es gab das von allen mehr als ungeliebte Thema Verwaltungsstrukturreform. Und ja, solche Themen überlagern oft die Umsetzung von erfolgreichen linken Projekten. Und ja, es fällt einem nicht leicht eine eigenständigere Position zu diesen Themen als Partei zu formulieren ohne Gefahr zu laufen, die Koalition komplett in Frage zu stellen.

Ein weiteres Thema ist bereits das neue Polizei-Aufgaben-Gesetz. Für uns LINKE gilt bereits zu Beginn der Debatte: Für uns ist es undenkbar, dass die Ausweitung polizeilicher Befugnisse dazu führt, dass anlasslos die Überwachung der 'informationstechnischen Systeme', wie WhatsApp bis hin zum privaten Kalender der BrandenburgerInnen, angeordnet werden kann. Gleiches gilt für die Anordnung von ohnehin unwirksamen Fußfesseln oder einer landesweiten Schleierfahndung, deren Nutzen in der wissenschaftlichen Debatte höchst umstritten ist. Ganz und gar nicht für möglich halte ich Sprengstoffeinsätze gegen Menschen durch die Polizei. Wir wollen ein Polizeigesetz, das nicht auf Kosten der Freiheitsrechte der BürgerInnen geht, sondern eine Stärkung dieser bedeutet.

In Vorbereitungen der Landtagswahl 2019 sind wir gut im Plan: Konstituierung des Landeswahlkampfbüros, die Aufstellung der DirektkandidatInnen. Mit unserem laufenden Zukunftsdialog und den Regionalkonferenzen erarbeiten wir erste Bausteine des Wahlprogrammes, die Kreisbereisungen des Landesvorstandes ergänzen das Ganze weiterhin.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wählen am Tag der Kommunalwahl am 26. Mai 2019 auch das nächste Europäische Parlament. Unser dortiger Abgeordneter Helmut Scholz hat hier eine tolle Arbeit in und für Brandenburg gemacht. Er war in den Landkreisen unterwegs. Hat zum Beispiel an vielen Schulen in Brandenburg mit Schülerinnen und Schülern über die EU Politik gesprochen. Hat sich sehr rege und mit hoher

Fachkompetenz in die Debatten und Proteste zu TTIP und CETA eingebracht und begleitet aktuell den Handelsstreit zwischen der Europäischen Union und den USA.

Wir müssen im Wahlkampf zunächst eine Prämisse deutlich machen: Die europäische Zusammenarbeit kann nicht wieder zurückgefahren werden. Wir dürfen Europa und die EU nicht den Rechtsextremen und Nationalisten überlassen. Wir wollen keine Trumpschen Verhältnisse, wir wollen weder Bannon, Le Pen, Gauland/Weidel/Höcke oder Salvini, Orban und Kurz/Strache die Definitionshoheit überlassen. Wir brauchen die europäische Integration, sie muss demokratisiert werden, sie muss auf eine soziale Basis gestellt werden. Und wir müssen dazu beitragen, dass linke, progressive, alternative Kräfte wirklich miteinander kooperieren und gemeinsam Vorstellungen entwickeln, wie denn ein anderes Europa, eine andere EU aussehen kann. Wir dürfen weder jene vor den Kopf stoßen, die sagen, es geht nicht ohne EU, noch denen, die meinen, innerhalb der EU ist gar nichts möglich. Aber man kann diese Diskussion ja mal beiseitelassen und gemeinsam ein Bild entwerfen, worin unsere Alternative besteht. Wenn das klar ist, ist es auch möglich, entsprechende Strategien zu erarbeiten.

Die EU muss eine Friedens- und eine soziale Union werden. Wir brauchen soziale Mindeststandards innerhalb der Europäischen Union. Aber schon bei der Umsetzung, wie sie gestaltet werden sollen, gibt es Differenzen.

Uns hält sehr zusammen – mehr als noch vor zwei, drei Jahren – die Frage, den Rechtsextremismus zu bekämpfen. Wir betrachten den Rechtsruck als wirkliche Gefahr. Rechtsextremismus und Antisemitismus, das sind im Moment sehr große Herausforderungen. Wir setzen uns gemeinsam für eine humanistische EU-Politik ein, eine europäische Migrations-, Asyl- und Flüchtlingspolitik, die eben verhindert, dass Menschen im Mittelmeer sterben müssen. Und dafür, dass Solidarität wieder in dem Sinne interpretiert wird, wie es der Begriff meint. Es ist eben keine Solidarität, wenn beispielsweise Ungarn dabei geholfen werden soll, seine Außengrenzen zu befestigen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich wünsche euch heute eine erfolgreiche Versammlung. Mein Weg führt mich heute noch nach Oranienburg und Glienicke, dort findet eine Friedensfahrt und ein Friedensfest statt.

Lasst uns heute am Weltfriedenstag deutlich machen, dass zivile Konfliktlösung in jeder Auseinandersetzung das angestrebte Ziel sein soll. Dazu gehört für DIE LINKE die Stärkung der UNO, eine Umwandlung von Militärbündnissen – allen voran der NATO –, in Systeme kollektiver Sicherheit und radikale Abrüstung sowie ein Verbot von Waffenexporten.

Mit dem Überfall auf Polen begann vor 79 Jahren der 2. Weltkrieg. Millionen Tote, unendliche Zerstörung und unermessliches Leid brachte Deutschland zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert über seine Nachbarn, Europa und die Welt.

Am heutigen europaweiten Antikriegs- und Weltfriedenstag, gedenken wir der Millionen Opfer jenes Krieges und den Opfern aller nachfolgenden Kriege und militärischen Auseinandersetzungen. Der 1.

September sollte uns immer Mahnung sein, dass die Logik des Krieges stets mit menschlichem Leid, Zerstörung der Umwelt und der wirtschaftlichen Basis und sozialem Elend einhergeht. Nicht einmal als Ultima Ratio darf Krieg gedacht werden.

Gerade aus der Erfahrung ihrer Geschichte, ist die deutsche Politik aufgefordert, hier eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Nicht Auslandseinsätze der Bundeswehr sind die Lösung - sondern deren sofortige Beendigung. Nicht deutsche Waffenexporte und Unterstützungen für Regime in aller Welt sind die Lösung - sondern ein sofortiges Exportverbot für Waffen und militärisches Know-how.

Wir werden nicht akzeptieren, dass die Große Koalition zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung ausgeben will und damit die Rüstungsspirale weiter nach oben getrieben wird. Unser Appell lautet: Beendet diesen Kurs! Macht Platz für Vernunft und Frieden! Kümmert Euch um Sinnvolleres als die Verteidigung geostrategischer Interessen. Es gibt hierzulande - und international - genug Wichtiges und Richtiges zu tun statt die Bundeswehr-Präsenz in Afghanistan und dem Irak zu stärken. Schluss damit.